www.cosmoradio.de

29.12.2017

Festnahme mutmaßlicher IS-Anhänger

In der türkischen Hauptstadt Ankara sind 29 Personen festgenommen worden, denen vorgeworfen wird, der Terrormiliz IS anzugehören. Unter ihnen sollen etliche Ausländer sein. Die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu berichtet, einige der Verdächtigen hätten geplant, während der Neujahrsfeiern Anschläge zu verüben. An den Razzien seien 500 Polizisten beteiligt gewesen.
Wegen befürchteter Anschläge an Neujahr wurden bereits mehrere große Straßenfeste in Istanbul abgesagt. Am vergangenen Jahreswechsel hatte ein Attentäter in einem Nachtklub 39 Menschen erschossen.

Der Rechtsstaat in Israel funktioniert
Zehntausende Israelis setzen derzeit jeden Samstagabend ein eindrucksvolles Zeichen des Bürgerprotests, indem sie sich in Tel Aviv zu einem "Marsch der Schande" versammeln. Was als einzelner Aufruf in sozialen Medien begann, wurde zur machtvollen Demonstration gegen die grassierende Korruption in Israel. Die Wucht des Protests hat sowohl die Organisatoren als auch die Politiker überrascht. Der Aufstand der Bürger hat sogar schon etwas bewirkt. Das sogenannte Empfehlungsgesetz, das die Knesset mit knapper Mehrheit in der Nacht zum Donnerstag beschlossen hat, wurde nicht im Eiltempo durchgepeitscht und in einem entscheidenden Punkt geändert: Die neue Regel, dass die Polizei nach Ermittlungen keine Empfehlungen mehr zur Anklageerhebung veröffentlichen darf, wird zumindest nicht auf bereits laufende Verfahren angewandt. Es wird davon ausgegangen, dass mit dem "Lex Bibi" genannten Gesetz vor allem der Ministerpräsident Benjamin "Bibi" Netanjahu geschützt werden sollte.

CSU: Offen für Härtefälle
Beim Thema Familiennachzug für Flüchtlinge hat nun auch Bayerns Innenminister Joachim Herrmann ein Entgegenkommen der CSU angedeutet. Zwar bekräftigte Herrmann im Gespräch mit der "Süddeutschen Zeitung" das "klare Ziel" der Union, den Familiennachzug bei subsidiär Geschützten über März 2018 hinaus auszusetzen. "Stimmt dieser Rahmen, kann man über bestimmte Härtefälle sicherlich reden", sagte Herrmann der Zeitung. Dabei dürfe aber "die Obergrenze von 200.000 Zuwanderern jährlich nicht überschritten werden". Ähnlich äußerte sich der CSU-Innenpolitiker Stephan Mayer. "Für eine Ausweitung der Härtefallregelung bin ich offen, insbesondere um bei besonders tragischen Schicksalen, beispielsweise bei einer schwerwiegenden oder tödlichen Erkrankung, die Familienzusammenführung leichter und schneller zu ermöglichen", sagte er dem "RedaktionsNetzwerk Deutschland".

NRW schiebt mehr Asylbewerber ab

NRW hat in diesem Jahr entgegen dem Bundestrend mehr ausreisepflichtige Asylbewerber abgeschoben als im Vorjahr. Bis Ende November wurden 5.828 Personen abgeschoben. Diese Zahl nannte das Integrationsministerium dem WDR. Das waren mehr als im Gesamtjahr 2016 mit 5.121 abgeschobenen Männern und Frauen. 2015 waren es 4.395 Personen. Die meisten Bundesländer haben weniger Menschen abgeschoben als 2016, wie eine Umfrage der Deutschen Presse-Agentur ergab. Deutschlandweit wurden laut Bundesinnenministerium bis Ende November knapp 22.200 Menschen zwangsweise in ihre Heimatländer zurückgeschickt. 2016 waren es knapp 25.400 gewesen.

Sozialverbände: Engagement für Flüchtlinge reißt nicht ab

Der Vorstand der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe betonte, er sehe nach wie vor eine hohe Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen. Auch das Engagement vieler ehrenamtlich Aktiven sei nicht abgerissen. "Das muss man unterscheiden von einer Stimmung, die politisch verbreitet wird", sagte Christian Heine-Göttelmann dem Evangelischen Pressedienst. Wichtig sei dabei, dass keine Konkurrenz zwischen verschiedenen Gruppen von bedürftigen Menschen etwa um günstigen Wohnraum entstehe, ergänzte der Theologe. "Wir beobachten, dass die Aussetzung des Familiennachzugs die Integration behindert", beklagte der Diakonie-Vorstand. Wer ohne seine Familie in ein Land ziehe, könne nur schwer ankommen. Sorge äußerte Heine-Göttelmann darüber, dass Flüchtlinge mit geringen Bleibeperspektiven immer länger in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes bleiben müssten. Obwohl laut politischen Vorgaben innerhalb von drei Monaten über ihren Asylantrag entschieden werden solle, dauerten die Verfahren in der Praxis oft deutlich länger, kritisierte der Diakonie-Vorstand.

Refugee Radio in COSMO – täglich in Al-Saut Al-Arabi um 22:30 Uhr im Radio und um 18 Uhr im Livestream.

Frequenzen: NRW: 103,3 MHz (WDR) | Bremen: 96,7 MHz (Radio Bremen) |

Bremerhaven auf 92,1 MHz (Radio Bremen) | Berlin und Brandenburg auf 96,3 MHz (rbb)